Dies treffe auch für den Telekom-Sektor zu.

Der Gesamteindruck, den Lamy von Chinas Einhaltung der WTO-Vereinbarungen habe, sei jedoch gut. Es gebe zwar Beschwerden über die Erfüllung von Zusagen, doch seien diese eher die Ausnahme als die Regel. Allerdings gebe es nach wie vor eine Tendenz, lokale gegenüber ausländischen Unternehmen zu bevorzugen. Aus diesem Grunde sei die Zusammenlegung des Außenhandelsministeriums mit dem Ministerium für Binnenhandel zu einem einzigen Organ ein wichtiger Fortschritt.

Lamy wies noch auf einige Probleme in den Bereichen Finanzdienstleistungen hin. So sei die Kapitalanforderung so gestaltet, dass dadurch die staatseigenen Banken in ihrer Position gegenüber ausländischen Banken gestärkt würden. Die EU-Seite halte die Kapitalanforderung an die Banken für überzogen. So würden ausländische Banken in China 72 Mio. Euro benötigen, um vergleichbare Geschäfte wie in der EU mit einem Kapital von 5 Mio. Euro abzuschließen. Diese Auflage hat Lamy zufolge eine direkte Auswirkung auf den Marktzugang.

In seiner Rede wies Lamy auch darauf hin, dass Chinas weltwirtschaftliche Integration weiter Fortschritte gemacht habe. Im Jahre 2002 sei China zur viertgrößten Außenhandelsnation aufgestiegen (nach den USA, der EU und Japan). Für die EU sei China zum drittgrößten Handelspartner geworden und habe damit Japan überholt. (www.europaworld.org/week133/speechlamy13603.htm, 13.6.03)

Auch nach der Lösung der Handelsstreitigkeiten über den Import von Rindfleisch und Käse aus Holland, gibt es noch ungelöste Konflikte in den bilateralen Beziehungen. So besteht nach wie vor ein Moratorium über verschiedene Nahrungsmittel aus China, die von EU-Wissenschaftlern als stark gesundheitsbelastend bezeichnet wurden. Hierbei handelt es sich vor allem um chinesische Schalentiere. Kaninchenfleisch und Honig. Im Gegenzug hatte China nicht nur einen Importstopp über Rindfleisch und Käse aus Holland verhängt, sondern auch die Einfuhr von Kosmetik aus der EU gestoppt. (FT, 14./15.6.03) -schü-

Binnenwirtschaft

25 Standard and Poor's weisen auf Schwäche der Banken hin

Anfang Juni d.J. veröffentlichte die Ratingagentur Standard and Poor's (S&P) einen Bericht über das chinesische Bankensystem, in dem auf die Probleme bei der Reform der Banken hingewiesen wird. Schätzungen von S&P zufolge beläuft sich der Umfang der Not leidenden Kredite auf rd. 50% des gesamten Kreditvolumens. S&P sieht dadurch die zukünftigen Wachstumsaussichten des Landes gefährdet. Ein deutlicher Rückgang des BIP-Wachstums würde zum Einbruch der Staatseinnahmen führen und könnte dadurch politische Instabilitäten auslösen.

Nach S&P ist das chinesische Finanzsystem ineffizient, da Banken eine quasi-fiskalische Funktion erfüllen. Sie haben den staatlichen Kreditwiinschen zu entsprechen, doch könnten die Staatsunternehmen oftmals die Kredite nicht zurückzahlen. Als Folge habe sich die Qualität der Kreditstruktur in den Banken verschlechtert. Würden die Banken streng nach internationalen Standards bewertet, müssten sie Insolvenz anmelden. S&P geht davon aus, dass die Übernahme der Eventualverbindlichkeiten des gesamten Finanzsektors zu einem Anstieg der staatlichen Verschuldung auf 80-90% des BIP führen könnte. Hierdurch würde sich die Kreditbewertung Chinas wesentlich verschlechtern.

Die chinesische Regierung hat nach Einschätzung von S&P den trade-off zwischen schneller Reduzierung der Not leidenden Kredite und Realisierung eines hohen Wirtschaftswachstums erkannt. So hätte sie auf eine Veränderung der Kreditvergabepraxis gedrängt und gleichzeitig die ausreichende Kreditversorgung der Unternehmen gesichert. Die Regierung befürchtet eine Welle von Konkursen der Staatsunternehmen, sollten diese keine Kredite mehr erhalten. Eine langsame Reform des Finanzsektors erlaubt dagegen eine vorübergehende Beschäf-

tigungssicherung in den Staatsunternehmen sowie Outputwachstum, resultiert jedoch in steigenden Not leidenden Krediten und einer wachsenden Staatsverschuldung.

Sollte die Regierung keine erneute Rekapitalisierung der Banken verfolgen und müssten diese aus eigener Kraft den Abbau ihrer Not leidenden Kredite durchführen, dann könnte die Reduzierung dieser Kredite auf ein Niveau von rd. 5% nach Einschätzung von S&P 10-20 Jahre dauern. (Standard and Poor's, China: Banking on Reform, 4.6.03)

Offizielle Angaben zum Umfang der Not leidenden Kredite liegen deutlich unter den Schätzungen von S&P. So gab Liu Mingkang, Vorsitzender der China Banking Regulatory Commission (CBRC), im letzten Monat bekannt, dass die Höhe der Not leidenden Kredite der vier großen Staatsbanken im März 2003 um 1,99 Prozentpunkte gegenüber Ende 2002 auf 24,1% zurückgegangen sei. (AWSJ, 23.6.03)

In ihrem Jahresbericht für 2002 gibt die China Construction Bank (CCB) an, dass zwar ihr Nettogewinn um 17% auf 4,3 Mrd. Yuan (2001: 5,17 Mrd. Yuan) gesunken sei, sich der Betriebsgewinn jedoch um 10% auf 30,74 Mrd. Yuan erhöht habe. Aufgrund der guten Geschäftslage rechnet die Bank damit, dass sie ihre Altbestände an Not leidenden Krediten abbauen kann. Im Jahre 2002 seien bereits 15,5 Mrd. Yuan dieser Kredite zurückgeführt und damit die Quote der Not leidenden Kredite von 19,21% im Jahre 2001 auf 15,17% im Jahre 2002 gesenkt worden. (AWSJ, 9.6.03) Mitte Juni kündige die CCB auch an, dass es ihr bis zum Jahre 2004 gelingen wird, ihre Not leidenden Kredite auf weniger als 10% zu reduzieren. Bis Ende des Jahres will die Bank nach Angaben ihres Präsidenten die Not leidenden Kredite um 4% auf 12% der Gesamtkredite zurückgeführt haben. (XNA, 13.6.03)

Auch die Bank of China (BOC) wies in einem Juni-Bericht darauf hin, dass sie Not leidende Kredite abbauen konnte. Bis Ende Mai soll die Quote um 2,45 Prozentpunkte auf 20% der Gesamtkredite gefallen sein. Die BOC gibt das Volumen der abgebauten Not leidenden Kredite mit 14,9 Mrd. Yuan

für die ersten fünf Monate d.J. an. Das Gesamtvolumen dieser Kredite soll sich Ende 2002 auf 408,5 Mrd. Yuan belaufen haben. (IHT, 24.6.03)

Betrugs- und Korruptionsfälle erschüttern auch weiterhin das chinesische Bankensystem. Hierzu gehört die Kontroverse um einen 227 Mio. US\$-Kredit der Hongkonger BOC-Niederlassung an den Shanghaier Unternehmer Zhou Zhengyi. Der Kredit, mit dessen Rückzahlung der Kreditnehmer in Verzug geraten ist, soll von Liu Jinbao, dem Hongkonger BOC-Leiter bewilligt worden sein. Liu ist inzwischen nach Beijing zurückbeordert worden und soll dort unter Hausarrest stehen. Auch Zhou Zhengyi soll von den Shanghaier Behörden festgehalten und vernommen worden sein.

Es geht bei diesen Vorfällen vor allem um Immobilienkredite, die an Unternehmen von Zhou Zhengyi, der zu den reichsten Personen in China zählt, vergeben wurden. Angeblich sollen verschiedene chinesische Banken ebenfalls Kredite an Zhou vergeben haben, die nun gleichfalls überprüft werden. (IHT, 19.6.03 und HB, 1.7.03)

Auch bei der CCB wurden bei einer Revision des National Audit Office in den lokalen Niederlassungen eine Reihe von Unregelmäßigkeiten aufgedeckt. Insgesamt waren daran 474 Bankangestellte beteiligt; das involvierte Kreditvolumen belief sich auf rd. 1 Mrd. Yuan (21 Mio. US\$). Im Einzelnen ging es um illegal vergebene Kredite, gefälschte Gewinn- und Verlustangaben und geheime Kontenführung einzelner Bankangestellter, die für das Kreditgeschäft zuständig sind.

Unregelmäßigkeiten wurden ebenfalls bei der Agricultural Development Bank bekannt, die zu den Staatsbanken mit politikorientierter Kreditvergabe zählt. So wurde beispielsweise ein Kredit in Höhe von 110 Mio. US\$ vergeben, den das kreditnehmende Unternehmen für Spekulationsgeschäfte am Aktienmarkt genutzt hat. (FT, 30.6.03)

Um die Geschäftspraxis der Banken stärker zu vereinheitlichen und internationalen Standards anzupassen, hat die Bankaufsichtsbehörde im Juni eine Reihe von Bestimmungen veröffentlicht. Hierzu gehört eine Regelung über die Erhebung von Gebühren für bestimmte Bankdienstleistungen. Auslöser war, dass die Citibank für die Einrichtung von privaten Devisenkonten im letzten Jahr Gebühren erhoben hat. Der CBRC-Bestimmung zufolge sollen für bestimmte Dienstleistungen ab dem 1.10.03 Gebühren erhoben werden dürfen. Allerdings sind Einlagen in Inlandswährung und Abhebungen mit einem Wert von unter 50.000 Yuan (6.000 US\$) nach wie vor gebührenfrei. Die Berechnung für Gebühren soll im Rahmen vorgegebener Bandbreiten erfolgen, die von der CBRC festgelegt werden. Innerhalb dieser soll durchaus Wettbewerb zwischen den Finanzinstituten stattfinden. (www.chinadaily.com.cn, 9.7.03; XNA, 17.6.03) -schü-

26 Gesamtwirtschaftliche Folgen durch SARS geringer als befürchtet?

In der Einschätzung zu den SARS-Folgen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr scheint in den letzten Wochen eine Kehrtwende eingetreten zu sein. Einerseits hat hierzu der schnelle Rückgang der Infektionsfälle in den Städten und die offensichtlich erfolgreiche Bekämpfung eines Überspringens der Epidemie in die armen ländlichen Regionen beigetragen. Andererseits weisen eine Reihe von Indikatoren darauf hin, dass wichtige Wirtschaftsbereiche entweder nicht in dem erwarteten Ausmaß betroffen wurden und andere auf dem Weg der Erholung sind.

Chinas Außenhandel nahm in den ersten fünf Monaten d.J. um 39,6% zu und erreichte ein Volumen von 309,34 Mrd. US\$. Der Außenhandelsüberschuss lag allerdings nur noch bei 2,38 Mrd. US\$. Während die Exporte um 34,3% auf 155,86 Mrd. US\$ stiegen, erhöhten sich die Importe um 45,5% auf 153,48 Mrd. US\$. Im kritischen Monat Mai verzeichneten die Exporte ein Wachstum um 37,4% (33,8 Mrd. US\$) und die Importe von 40,9% (31,6 Mrd. US\$). (XNA, 11.6.03; AWSJ, 11.6.03)

Nicht nur die Außenhandelsentwicklung scheint bisher noch unbeeindruckt von den SARS-Folgen, sondern auch die Industrieproduktion weist hohe Zuwächse auf. Die industrielle Wertschöpfung nahm im Mai um 13,7% im Vergleich zum Vorjahresmonat zu. Die Ausweitung der Exportaktivitäten hat diese Entwicklung sicherlich getragen. (AWSJ, 11.6.03) Für den Zeitraum Januar bis Mai d.J. gibt das Statistikamt die Zunahme der industriellen Wertschöpfung sogar mit 15,9% an. (AWSJ, 10.6.03)

Der Tourismus zeigt landesweit erste Erholungstendenzen. Eine Untersuchung der China Tourist Hotel Association zeigt, dass die Belegungsrate der Hotels in der ersten Juniwoche deutlich gestiegen ist. Die Untersuchung umfasste 108 Hotels in sechs für den Tourismus wichtigen Städten wie Beijing, Guangzhou und Shenzhen. Am 8. Juni d.J. lag die Belegungsrate bei rd. 34%, eine Zunahme um rd. 13 Prozentpunkte im Vergleich zum 1. Juni d.J. (XNA, 13.6.03)

Der Einzelhandel wies dagegen im Mai erst eine Zunahme des Umsatzes um 4,3% auf. Dies ist zwar noch höher als zuvor von einigen ausländischen Analysten befürchtet, doch weit unter der durchschnittlichen Marke von 9% der letzte Jahre. (SCMP, 17.6.03)

Ob mit einer verzögerten Auswirkung im 2. Halbjahr gerechnet werden muss, ist umstritten. So könnten die Folgen fehlender Bestellungen erst nach mehreren Monaten eintreten. Oft besteht zwischen Exportauftrag und Lieferung ein Zeitunterschied von drei bis sechs Monaten. (ASWJ, 11.6.03) Diese Entwicklung gilt auch für ausländische Unternehmen, die durch die Vertagung von Auftragsverhandlungen mit ihren chinesischen Kunden, die nicht ins Ausland reisen konnten, ihre Auftragseingänge zeitlich nach hinten verschieben mussten. (NfA, 17.6.03)

Viele ausländische Unternehmen haben auch damit begonnen, ihre Experten wieder nach China zurückzuschicken, wenn diese aus Vorsichtsgründen das Land verlassen mussten. Anfang Juni hob das japanische Unternehmen Honda Motor Co. seine Beschränkungen für Geschäftsreisen nach China auf. Mehr als die Hälfte der 100 japanischen Ingenieure, die in China tätig sind, reisten wieder nach Guangzhou ein. Auch Matsushita Electric Industrial Co. hat in seinen Fabriken die Produktion wieder aufgenommen. (AWSJ, 19.6.03)

Sollten die SARS-Folgen vor allem auf den Einzelhandel und den Dienstleistungssektor beschränkt bleiben, müssten die Prognosen vieler Analysten erneut revidiert werden. So hatte Morgan Stanley beispielsweise bei einem anhaltenden SARS-Problem eine Wachstumsrate für dieses Jahr von lediglich 6,5% vorausgesagt. (AWSJ, 15.6.03) Ökonomen der Standard Chartered Bank gehen inzwischen davon aus, dass die negativen Auswirkungen von SARS auf die Industrie weitaus geringer als angenommen ausfallen werden.

Die Far Eastern Economic Review kommt in einem Bericht Ende Mai zu dem Schluss, dass SARS zwar eine Krise ist, die die Wirtschaft beeinträchtigt, dass jedoch nicht von einer Wirtschaftskrise gesprochen werden könne. SARS werde nicht die Basis des Wirtschaftswachstums verändern. (XNA, 31.5.03)

In ihrem Bericht zu den Folgen von SARS auf die chinesische Wirtschaft kommt der *Economist* am 27.6.03 ebenfalls zu dem Ergebnis, dass zwar das Wirtschaftswachstum gebremst wird. Trotzdem werde sich die Wirtschaft in den kommenden Monaten voraussichtlich viel schneller entwickeln als im bisherigen Verlauf dieses Jahres. (www.economist.com, 9.7.03) -schü-

27 Beijing erholt sich von den SARS-Folgen

Chinas Hauptstadt Beijing ist wirtschaftlich wohl am stärksten von allen Regionen vom Ausbruch der Lungenkrankheit SARS betroffen. Zu den unmittelbaren Folgen zählen Einbrüche im Tourismus, Transportsektor, Gastronomie und Hotelwesen sowie Einzelhandel. Ihre Reisewarnung für Beijing hob die World Health Organisation (WHO) erst am 24. Juni 2003 auf, nachdem die Infektionsfälle zurückgegangen waren.

Nach Schätzungen der Beijinger Stadtregierung beliefen sich die Verluste als Folge von SARS Ende Mai d.J. auf 11 Mrd. Yuan (1,33 Mrd. US\$). Die Belegungsrate der Hotels war seit Ende April drastisch zurückgegangen. Im Mai hatte sich diese in den Fünf-Sterne-Hotels der Hauptstadt gerade mal auf 6% belaufen;

im Mai 2001 hatte die Belegungsrate bei 66% gelegen. Insgesamt reisten in den ersten fünf Monaten d.J. lediglich 693.900 ausländische Touristen nach Beijing, dies ist ein Rückgang um 37,3% gegenüber der Vorjahresperiode. (XNA, 19.6.03) Im Mai betrug die Zahl der gesamten ausländischen Touristen 18.000, dies waren 93.9% weniger als im Vorjahresmonat. Es kamen lediglich 15.000 Touristen aus dem westlichen Ausland und Japan nach Beijing (-94,1%). (XNA, 11.6.03) Mit dem Ausbruch der Krankheit wurden 6.247 Gruppenreisen nach Beijing abgesagt. (AWSJ, 26.6.03)

Nach der Aufhebung der WHO-Reisewarnung will die Lokalregierung den Tourismus neu beleben. Zu den Maßnahmen zählen eine Reihe von Angeboten für ausländische Touristen, die umgehend den ausländischen Reiseagenturen vorgestellt werden sollen. Neben Informationsbroschüren über Gesundheitsfragen werden Preisabschläge sowie offizielle Banketts zu den Angeboten gehören. Auch sollen ausländische Journalisten in die Bekanntmachung neuer touristischer Angebote einbezogen werden. Für den 9. Juli plant Beijing ebenfalls eine Konferenz mit anderen asiatischen Hauptstädten, auf der die Frage diskutiert wird, wie der Tourismus in der Region gefördert werden kann. (XNA, 24.6.03)

Für das Gesamtjahr 2003 erwartet Beijing einen Rückgang der Einnahmen aus dem Tourismus um rd. 50%. Im letzten Jahr kamen 3,1 Mio. Touristen nach Beijing, und es wurden rd. 8,28 Mrd. US\$ aus dem Tourismus erwirtschaftet. Damit stellt der Tourismus rd. ein Drittel der Gesamtwirtschaft Beijings. (XNA, 26.6.03)

Neben dem Tourismus war auch das Konferenz- und Messegeschäft betroffen gewesen. Nach der Aufhebung der WHO-Reisewarnung kündigte Beijing an, dass die ursprünglich für den 23.5. bis 28.5.03 geplante Beijing International Hightech Expo nun auf den 12. bis 15.9.03 gelegt wird. (XNA, 26.6.03)

Zu den negativen Folgen der Epidemie zählt auch, dass das Hotel- und Gaststättengewerbe und die in diesem Geschäftszweig tätigen Arbeitskräfte Einkommenseinbrüche hinnehmen mussten. So zeigt eine Unter-

suchung des Beijinger Statistikamtes, dass die Einkommen der Beijinger Bevölkerung im Mai um 25% gegenüber dem Vorjahresmonat zurückgegangen waren. Die stärksten Einkommenseinbrüche gab es bei den Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe, die bis zu 60% niedrigere Einkommen aufwiesen. Während das Durchschnittseinkommen im Mai bei 1.497 Yuan (181 US\$) gelegen hatte, erreichte das Einkommen dieser Gruppe lediglich ein Niveau von 946 Yuan (114 US\$). (www.peopledaily.com.cn, 9.7.03)

Beijinger Finanzinstitute kündigten Ende Mai an, dass sie ein Kreditpaket in Höhe von rd. sechs Mrd. Yuan (725 Mio. US\$) für solche Unternehmen bereitstellen, die am stärksten von den SARS-Folgen beeinträchtigt wurden. Die Sonderkredite, die von der Beijing Commercial Bank und der China Everbright Bank vergeben werden, sollen insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen in den Bereichen Gastronomie, Unterhaltung, Tourismus, Ausstellungswesen, Einzelhandel und Transport gehen. Weiterhin sollen Konsumentenkredite für den Kauf von Computern, Telekommunikationsausrüstungen, Haushaltsgeräten und Möbeln eingeräumt werden. (XNA, 31.5.03)

Nach der Aufhebung der Reisewarnung durften auch die Unterhaltungsstätten wieder ihren Betrieb aufnehmen. Allerdings erhielten nur solche eine Genehmigung, die bestimmte hygienische Auflagen erfüllten. (XNA, 25.6.03)

Trotz der vielfachen negativen Auswirkungen verzeichnete Beijing für den Zeitraum Januar bis Mai d.J. ein Wachstum des lokalen BIP von 10,4%. Allerdings lag das Wachstum im Mai nur bei 4,8%. Ein Sprecher des Beijinger Statistikamtes hält es für möglich, dass in diesem Jahr das angestrebte Wachstum von 9% erreicht werden kann. (XNA, 10.6.03) -schü-

28 Drei-Schluchten-Damm in Betrieb genommen

Am 1. Juni d.J. wurden 19 von 22 Wasserabflüssen auf dem Grund des Staudammbeckens geschlossen, damit der Pegel des Wasserreservoirs steigen kann. Am ersten Tag erhöhte sich dieser auf 106 Meter; bis Mitte Juni d.J. war ein Ansteigen auf 135 Meter vorgesehen.

Es wird erwartet, dass die Flutung des Reservoirs gute Voraussetzungen schafft, um die jährlichen Überschwemmungen am mittleren und unteren Yangzi besser bekämpfen zu können. Während der Überschwemmungsperioden soll der Drei-Schluchten-Damm 2,3 bis 3,1 Mio. Kubikmeter Flutwasser des Yangzi durch Anpassung des Pegels zwischen 135 und 140 Meter auffangen können. Im Jahre 2009, wenn das Staudammprojekt seine letzte Phase erreicht hat, soll die Kapazität zur Flutwasseraufnahme 22,16 Mrd. Kubikmeter erreichen. Die gesamte Staukapazität wird mit 39,3 Mrd. Kubikmetern angegeben.

Zwei Monate nach der Flutung des Staubeckens sollen die Energiegeneratoren in Betrieb gehen. Bis Ende des Jahres sollen vier Generatoren 5,5 Mrd. kWh Elektrizität produzieren. Über ein längeres Energie-Netzwerk mit acht Zwischenstationen wird dann die Elektrizität den boomenden Küstenstädten wie Shanghai zugute kommen. In den kommenden sechs Jahren sollen jährlich vier Generatoren neu dazukommen.

Bei Fertigstellung des Projektes hat der Staudamm eine Kapazität von 18,2 Mio. Kilowatt. 26 Generatoren werden eine jährliche Elektrizitätsmenge von 84,6 Mrd. kWh erzeugen. Es wird damit gerechnet, dass der Staudamm eine Rolle als Wachstumsmotor für die Städte und Industriezonen entlang des Yangzi spielen wird. (XNA, 1.6.03)

Mitte Juni d.J. wurde mit der Öffnung des Damms für die Schifffahrt begonnen. Zunächst waren verschiedene Tests für die Nutzung der Schleuse durchgeführt worden. Offiziell wurden Damm und Schleuse am 15.6.03 für Schiffe freigegeben. Eines der Ziele des Projektes ist es, die Rahmenbedingungen für die Schifffahrt auf dem Yangzi durch Ausgleich des Wasserpegels zu verbessern. So sollen 10.000-t-Schiffe bis Chongqing problemlos gelangen können und so die Transportkosten um 30% reduzieren. (XNA, 1., 16.6.03)

Die Schleuse gleicht eine Höhendifferenz von 60 Metern aus. Für die Passage durch die Schleuse werden

die Schiffe rd. 2,5 Stunden benötigen. Die Baukosten für die Schleuse belaufen sich auf rd. 6,2 Mrd. Yuan (750 Mio. US\$). (XNA, 16.6.03; www.peopledaily.com.cn, 16.6.03)

Mit dem Bau des Staudamms war Anfang der 90er Jahre begonnen worden. Die veranschlagten Kosten belaufen sich auf rd. 22 Mrd. US\$, doch gehen Schätzungen von weit höheren Kosten aus. (NZZ, 7./8.6.03) Neben den Vorteilen, die der Dammbau für die Wirtschaft der Region und Energieversorgung der Küstenregion mitsichbringt, stehen eine Reihe von Folgeproblemen. Dazu zählt die Umsiedlung von rd. 1 Mio. Menschen. Einem Bericht der Xinhua-Nachrichtenagentur zufolge wurden bereits 720.000 Einwohner aus dem Einzugsgebiet des Reservoirs umgesiedelt. (XNA, 1.6.03) Weitere 25.000 Bauern müssen noch aus dem Gebiet der Chongqing-Sektion des Dammes in andere Regionen umgesiedelt werden. Vorgesehen ist ihre Ansiedlung in der ländlichen Region um Shanghai, in Shandong, Jiangsu, Zhejiang, Anhui, Jiangxi, Fujian, Guangdong, Zentral-Hubei und Hunan, Regionen, denen bereits zuvor Bauern aus dem Einzugsgebiet der Stadt Chongging zugeteilt worden waren. (XNA, 6.3.03)

Cao Guangjing, geschäftsführender Direktor der China Yangzi Three Gorges Project Development Corporation, kündigte Anfang Juni die Unterstützung für die umgesiedelten Einwohner an. So sollen Mittel in Höhe von rd. 3 Mrd. Yuan (362 Mio. US\$) aus dem Verkauf von Elektrizität für einen Zeitraum von 10 Jahren an die Umsiedler fließen. Pro Jahr ist die Zahlung von 380 Yuan pro Kopf vorgesehen. (XNA, 2.6.03)

In den letzten Wochen wurden außerdem Fragen der Sicherheit des Dammes diskutiert, nachdem feine Risse festgestellt worden waren. Pan Jiazheng, Mitglied der Chinesischen Akademie der Ingenieurswissenschaften, unterstrich in einem Bericht jedoch, dass diese Risse keinen Einfluss auf die Sicherheit des Gesamtprojektes haben. Einige dieser Risse seien aufgrund schlechter Schutzmaßnahmen für die Dammoberfläche im letzten Winter entstanden, andere seien auf Designfehler zurückzuführen. Pan versicherte, dass alle aufgedeckten rd. 80 Ris-

se ausgebessert worden sind. (XNA, 12.6.03)

Ein weiteres Problem stellt die Wasserqualität dar. So sollen Teile des gefluteten Gebietes mit Schadstoffen verseucht sein, da keine ausreichende Entsorgung von Industrie- und Haushaltsmüll sowie von Abfällen der Kranken- und Schlachthäuser stattgefunden hat. (NZZ, 7./8.6.03) Für die Verbesserung der Wasserqualität sollen auch mehr Abwasseranlagen in der Region des Staudamms gebaut werden. Sieben dieser Anlagen sind für Chongqing geplant. (XNA, 6.6.03) -schü-

SVR Hongkong

29 Demonstrationen zum Jahrestag des 4. Juni 1989 im Zeichen des Protests gegen die geplante Anti-Subversions-Gesetzgebung

Zum Gedenken der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 versammelten sich wie jedes Jahr am Abend des 4. Juni mehrere Zehntausend Menschen auf dem Hongkonger Victoria-Platz zu einer Kerzenwache. Anders als in den Jahren zuvor stand dieses Mal indes noch ein zweites Thema im Mittelpunkt der Massenkundgebung: der Widerstand gegen den geplanten Erlass eines Anti-Subversions-Gesetzes durch die Regierung Tung Chee-hwa.

Unter dem Motto "Never Forget 4 June, Opposing Article 23 Legislation" hatten die Organisatoren, die Hongkonger Allianz zur Unterstützung der Patriotischen Demokratiebewegung Chinas, dazu aufgerufen, nicht nur der Ereignisse von 1989 zu gedenken, sondern auch gegen die umstrittenen Gesetzgebungspläne der Regierung zu protestieren. Die Redebeiträge wurden dominiert von der Forderung nach einer Rehabilitierung der Opfer von 1989 sowie von der Besorgnis über die Auswirkungen des geplanten Gesetzes und dem Ärger über den Regierungschef Tung und seine Administration.